



Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend

82. Sitzung (öffentlich)

10. Februar 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:20 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Jörg (SPD)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

	Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
1	Eine Ganztagsoffensive für NRW. Mehr Plätze, mehr Qualität, mehr Bildung!	6
	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/14940	
	Ausschussprotokoll 17/1661 (Anhörung vom 08.12.2021)	
	– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen	
	– Wortbeiträge	
	Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 17/14940 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.	

- 2 Gesetz über den interkollegialen Ärzteaustausch bei Kindeswohlgefährdung – Änderung des Heilberufgesetzes (HeilBerG) 9**
- Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/14280
- Ausschussprotokoll 17/1650 (Anhörung vom 01.12.2021)
- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/14280 einstimmig zu.
- 3 NRW muss eine Strategie für eine eigenständige und einmischende Kinder- und Jugendpolitik entwickeln! 11**
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/14941
- Ausschussprotokoll 17/1673 (Anhörung vom 09.12.2021)
- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 17/14941 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.
- 4 Aktuelle Lage in der Coronakrise im Kontext des Ausschusses/Quovadis Kitabetrieb? 24**
- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge
- In Verbindung mit:
- 5 Testsituation von Kindern**
- Bericht
der Landesregierung

Vorlage 17/6439

In Verbindung mit:

7 Psychosoziale Belastung von Kindern und Jugendlichen während der Pandemie – welche präventiven Ansätze wurden genutzt?

Bericht
der Landesregierung

Vorlage 17/6440

– mündlicher Bericht der Landesregierung

6 Handhabung der praxisintegrierten Ausbildung zum Erzieher/zur Erzieherin in den Berufskollegs in Nordrhein-Westfalen *(Bericht beantragt von der AfD-Fraktion)*

44

Bericht
der Landesregierung

Vorlage 17/6412

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss nimmt den Bericht Vorlage 17/6412 zur Kenntnis.

* * *

2 **Gesetz über den interkollegialen Arztaustausch bei Kindeswohlgefährdung – Änderung des Heilberufgesetzes (HeilBerG)**

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/14280

Ausschussprotokoll 17/1650 (Anhörung vom 01.12.2021)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

(Überweisung des Gesetzentwurfs an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales – federführend – sowie an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend, die Kinderschutzkommission, den Rechtsausschuss und den Innenausschuss am 01.07.2021)

Christina Schulze Föcking (CDU) legt dar, sie habe die Anhörung als sehr gut empfunden. Der Gesetzentwurf sei von allen Sachverständigen begrüßt worden, vor allem vor dem Hintergrund, dass jede Woche durchschnittlich zwei bis drei Kinder durch Misshandlung, Missbrauch und Vernachlässigung getötet würden. Die anderen blieben ihr Leben lang traumatisiert. Das könne man in verschiedenen Gesprächen feststellen. Von daher sei es wichtig, den Ärzten vor Ort die Möglichkeit zu geben, dass sie sich interkollegial austauschen könnten.

Vergangene Woche sei sie in einer Kinderschutzambulanz gewesen, wo die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gesagt hätten, wie dankbar sie seien, dass ein solches Verfahren auf den Weg gebracht werde und sie ganz legal die Möglichkeit hätten, zum Wohle der Kinder entsprechend zu handeln. Man sichere das Handeln der Ärzte ab, die sich tagtäglich um die Kleinsten kümmern würden, sodass einem Ärztehopping ein Riegel vorgeschoben werde. Ihre Fraktion begrüße den Gesetzentwurf und werde ihm zustimmen.

Iris Dworeck-Danielowski (AfD) gibt an, auch ihre Fraktion sei sehr froh und dankbar, dass das so zügig auf den Weg gebracht worden sei, nachdem vom Bund aus die Option geschaffen worden sei. Das Thema habe den Landtag schon lange vor dieser Legislaturperiode häufig bewegt. Auch seien die Protagonisten jenseits des Parlaments, wie zum Beispiel der Verein RISKID e.V., nicht müde geworden, dieses dicke Brett zu bohren, was jetzt Erfolg habe. Jetzt werde den Ärzten gegenüber Rechtssicherheit geschaffen, die es ohnehin schon machten, wo es immer so lapidar heiße, wo kein Kläger, da kein Richter, man mache es eh. Das werde jetzt abgesichert. Sie sei sehr froh und hoffe, dass dadurch viele Kinder gegebenenfalls auch eher als Opfer von Gewalt erkannt würden und früher ihr Martyrium beendet werde. Der Gesetzentwurf werde von ihrer Fraktion befürwortet.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/14280 einstimmig zu.